

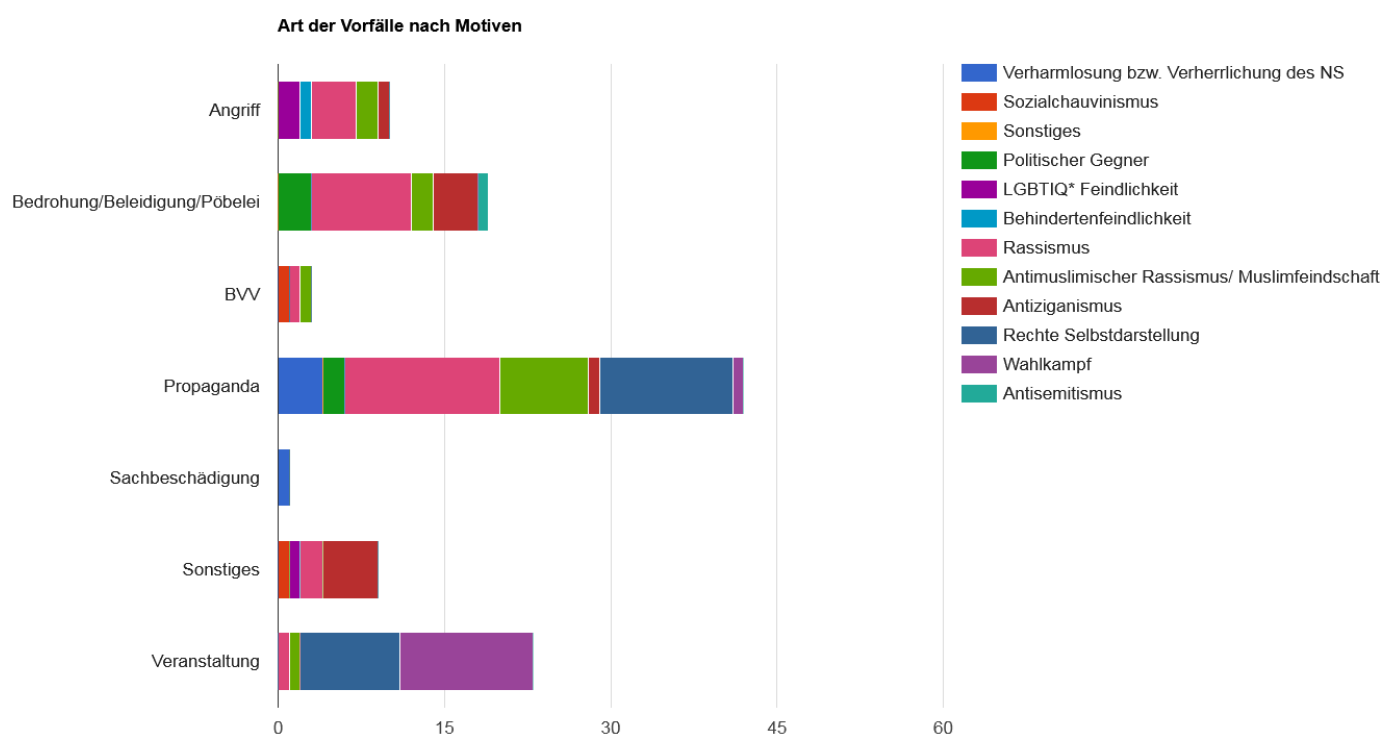
Reinickendorfer Register¹

zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle



Jahresbericht 2017

Im Bezirk Reinickendorf stiegen die registrierten Vorfälle deutlich von 68 im Vorjahr auf 107 im Jahr 2017 an, was auf die stärkere Etablierung und Professionalisierung des noch jungen Registers im Bezirk zurückzuführen ist. Im Vergleich zu anderen Bezirken wurden aus Reinickendorf besonders viele Fälle gemeldet, die der Vorfallsart „Sonstiges“ und dem Motiv Antiziganismus zuzuordnen sind. Die Ausleuchtung des bisher großen Dunkelfeldes in diesen beiden Bereichen hängt damit zusammen, dass mit dem Wechsel zu Aufwind e.V. ein enger Austausch mit den Mitarbeiter*innen und Kooperationspartner*innen des neuen Trägers stattfindet.



¹ Damit Menschen mit Leseschwäche diesen Text besser lesen können, wurden die Schriftart Comic Sans und die blaue Farbe gewählt. Für eine Erläuterung der hier verwendeten Kategorien siehe die Broschüre „Die Berliner Register. Auf einen Blick“.

Orte der Vorfälle

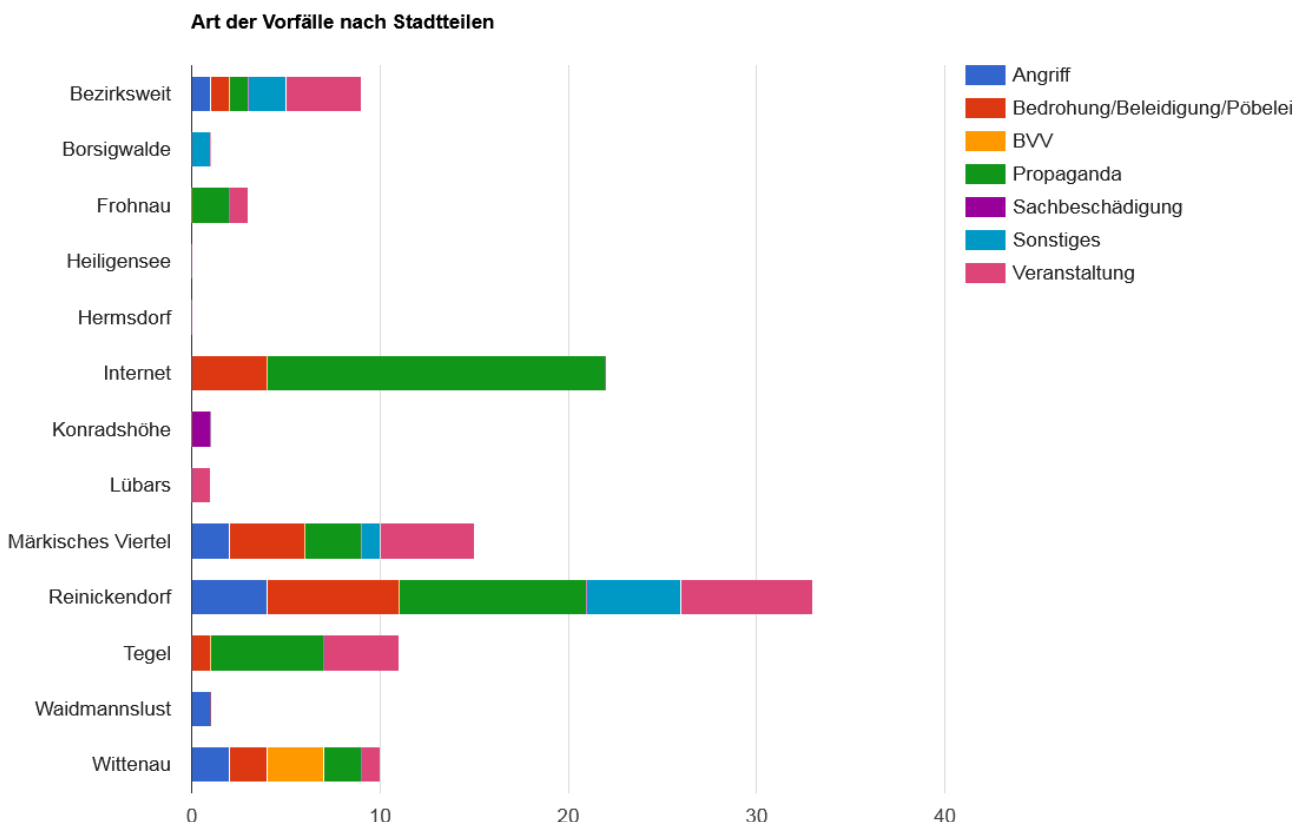
Die Ortsteile mit den meisten registrierten Vorfällen blieben seit 2015 gleich, allerdings führte im Jahr 2017 deutlich **Reinickendorf** (33 Vorfälle; 2016: 13) vor dem Märkischen Viertel (15 Vorfälle; 2016: 18) und Tegel (11 Vorfälle; 2016: 21). Allein in Reinickendorf-Ost, vor allem aus dem Lettekiez, wurden 22 Vorfälle dokumentiert. Dieser deutliche Anstieg im Ortsteil Reinickendorf kann auf die stark verbesserte Anbindung des Registers an die dortigen Netzwerke zurückgeführt werden. In diesem Ortsteil war nicht nur das Niveau aller registrierten Vorfälle besonders hoch, hier fanden auch wie im Vorjahr die meisten Angriffe statt (2017: 4; 2016: 5). Jeweils zwei weitere Angriffe gab es im Märkischen Viertel und in Wittenau.

Die Zahl der dokumentierten Vorfälle aus **Tegel** hingegen scheint gesunken zu sein, weil zum einen das Netzwerk der ver.di-Jugendbildungsstätte Konradshöhe noch nicht ersetzt werden konnte, zum anderen die Propaganda-Fälle auch real zurückgegangen zu sein scheinen. Aus **Wittenau** wurden mehr Vorfälle dokumentiert (2017: 10; 2016: 4), was auch auf die Lage des Rathauses und damit der BVV zurückzuführen ist.

In den Ortsteilen, die durch **Wohnviertel** geprägt sind, lag die Zahl der registrierten Vorfälle weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau zwischen 0 und 3 Vorfällen: 3 Vorfälle wurden aus Frohnau dokumentiert. Aus Borsigwalde wurde 1 diskriminierende Leistungsverweigerung im Jobcenter gemeldet (2016: 0), aus Konradshöhe die Beschädigung eines Denkmals (2016: 1), aus Lübars ein Infostand der AfD (2016: 0). Für Waidmannslust wurde ein rassistischer Angriff dokumentiert (2016: 1). Aus Heiligensee und Hermsdorf wurden keine Vorfälle bekannt (2016: 2 bzw. 1).

Im Unterschied zum Vorjahreszeitraum erhöhten sich die Vorfälle, die keinem Ortsteil zugeordnet werden konnten, deutlich, weil der Ort unbekannt war, anonymisiert wurde oder ein Vorfall den ganzen Bezirk betraf. 9 Vorfälle wurden dementsprechend der Kategorie „**Bezirkswweit**“ zugeordnet.

Die Vorfälle aus dem Bereich „**Internet**“ haben sich mehr als verdreifacht (2017: 22; 2016: 6). Ein Grund dafür liegt in der systematischeren Auswertung der Onlinepräsenz von NPD und AfD.



Art der Vorfälle

10 Angriffe wurden dokumentiert, was dem Niveau der beiden Vorjahre entspricht (2016: 12; 2015: 9). Damit liegt die Zahl der Angriffe dennoch weiterhin doppelt so hoch wie in den Jahren vor 2015. Die meisten Angriffe waren rassistisch motiviert. Darüber hinaus gab es 2 schwulen- bzw. transfeindliche und einen behindertenfeindlichen Angriff auf einen gehörlosen Mann. Viele Angriffe fanden im öffentlichen Nahverkehr statt. In der Hälfte der Fälle waren ausschließlich Frauen* betroffen.

Propaganda war mit 42 registrierten Vorfällen (2016: 40) wieder die häufigste Vorfallsart. Anders als in den meisten anderen Bezirken macht diese jedoch einen deutlich kleineren Anteil aller dokumentierten Vorfälle aus. Gründe dafür können eine weniger aktive extrem rechte Szene im Bezirk sowie die noch schwache Vernetzung des Registers in einigen Ortsteilen sein.

Der Anstieg der registrierten Vorfälle war jedoch bei Veranstaltungen (2017: 23; 2016:5) sowie in den Kategorien „Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien“ (2017: 19; 2016:9) und „Sonstiges“ (2017: 9; 2016: 0) am stärksten. Die Zunahme von **Veranstaltungen** geht auf die stärkeren Aktivitäten der AfD zurück. Neben zahlreichen Infoständen im und außerhalb des Wahlkampfes wurden Auftritte von Beatrix von Storch sowie islam- bzw. flüchtlingsfeindliche Veranstaltungen der AfD dokumentiert. Extrem rechte Demonstrationen oder Kundgebungen fanden nicht statt. Im Unterschied zum Vorjahr gab es auch keine Infostände der NPD. Insgesamt lag Reinickendorf damit zahlenmäßig im Mittelfeld.

Neue Anlaufstellen meldeten vermehrt **rassistische Äußerungen** über „Ausländer“, Geflüchtete

oder Rom*nija, die meist nicht direkt an eine betroffene Person, sondern an vermeintlich nicht-migrantische Zuhörer*innen gerichtet waren. Sie gingen oft von Rentnerinnen und/oder Lehrerinnen aus. Andere beleidigende Äußerungen richteten sich im Internet und offline gegen Politiker*innen der Partei Die Linke.

Sozialarbeiter*innen von Aufwind e.V. berichteten aus ihrem Alltag Fälle von Diskriminierungen ihrer Klient*innen auf Ämtern, in der Schule oder bei Dienstleistungsanbietern. Diese Vorfälle, die erst durch die enge Kooperation mit dem neuen Träger sichtbar werden konnten, sind für die Zunahme in der Kategorie **„Sonstiges“** verantwortlich. Aufgrund antiziganistischer, rassistischer oder obdachlosenfeindlicher Einstellungen wurden Personen von medizinischen Leistungen, Konsumgütern, Sozialleistungen oder Bankgeschäften ausgeschlossen. Besonders drastisch sind Diskriminierungen durch Lehrpersonal gegen Schüler*innen, deren Chancen und Lernerfolge dadurch gefährdet werden.

Für das Jahr 2017 wurden die Anträge und Redebeiträge in der **BVV** systematischer beobachtet, sodass die Vorfälle in dieser Kategorie anstiegen (2017: 3; 2016: 0). Vertreter der AfD (es handelte sich hier ausschließlich um männliche Redner) schürten in mehreren Redebeiträgen Ressentiments gegen arabischsprachige Berliner*innen und Geflüchtete. Außerdem diffamierte ein AfD-Verordneter Besucher*innen von Spiellokalen mit dem durch den Nationalsozialismus geprägten Begriff **„arbeitscheu“**. Eine **Sachbeschädigung** gab es an einem Gedenkort für antifaschistische Widerstandskämpfer in Konradshöhe (2016: 2)



Abb: Islamfeindliche und extrem rechte Schmierereien und Aufkleber (Tegel und Reinickendorf-Ost, September 2017); Plakate der Identitären (Frohnau, Juni 2017).

Motive der Vorfälle

Rassismus in seinen verschiedenen Spielarten war wieder das häufigste Motiv und betraf etwa die Hälfte aller registrierten Vorfälle (2017: 56; 2016: 45). Davon waren 14 Vorfälle durch antimuslimischen Rassismus (2016: 10) 11 antiziganistisch (2016: 1) und 31 allgemein rassistisch (2016: 34) motiviert.

Der starke Anstieg der **antiziganistisch** motivierten Vorfälle spiegelt die verbesserte Dokumentation wider und zeigt, wie stark Personen, die als Rom*nija wahrgenommen werden, in allen Bereichen des Alltags von Diskriminierung betroffen sind. Wie im Vorjahr gab es wieder eine Reihe **islamfeindlicher** Schmierereien an Briefkästen, Müllern und Bushaltestellen, insbesondere in Alt-Tegel (siehe Abbildung oben). Sie scheinen von derselben Person zu stammen.

Bei rassistischer Hetze im Internet überschritten sich wie im Vorjahr häufig antimuslimischer Rassismus und Hass auf Zugewanderte aller Art. Insgesamt waren 11 Vorfälle auch **geflüchtetenfeindlich** motiviert. Die Hetze gegen die Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten setzte sich 2017 fort.

Besonders eine **geplante Unterkunft** im Märkischen Viertel wurde zur Zielscheibe. Zu Jahresbeginn hetzte die NPD mehrfach auf ihrer Facebook-Seite gegen die geplante Unterkunft. Kurz danach wurden Bauarbeiter auf der Baustelle mit Böllern angegriffen. Die AfD stellte den Zuzug von Geflüchteten in der nächsten BVV-Sitzung als Bedrohung dar und veranstaltete am Folgetag einen „Bürgerdialog“ zum Thema, bei dem flüchtlingsfeindliche Statements fielen. Die NPD verteilte danach Flyer gegen die Unterkunft in der Nach-

barschaft, die AfD folgte mit einer islamfeindlichen Veranstaltung im Viertel. Die Aktivitäten von NPD und AfD auf verschiedenen Feldern griffen ineinander, um eine feindliche Stimmung gegen die geplante Unterkunft zu schüren.

Im August und September fand der **Wahlkampf** zur Bundestagswahl statt. 13 Vorfälle wurden dem Bereich „Wahlkampf“ zugeordnet (2016: 5), womit der Bezirk Reinickendorf etwa im Berliner Durchschnitt lag. Der Anstieg geht auf die zahlreichen Infostände der AfD zurück, bei denen u. a. islamfeindliche Flyer verteilt wurden. Auch im Bereich **„Rechte Selbstdarstellung“** stieg die Zahl der dokumentierten Vorfälle (2017: 21; 2016: 6). Hier geht der Anstieg auf Aktivitäten der AfD sowie das Monitoring der NPD-Facebook-Seite zurück. Wie in anderen Bezirken versuchten extrem rechte Aktivist*innen Gebiete durch „Nazi-Kiez“-Schmierereien (v.a. in Reinickendorf-Ost) oder „Merkel-muss-weg“-Aufkleber zu markieren (siehe Abbildung). Neben Werbung für extrem rechte Organisationen wie Pro Deutschland und JN wurden zudem Aufkleber der sogenannten „Reichsbürger“ dokumentiert.

Die Zahl der dokumentierten Fälle von **NS-Verherrlichung** bzw. -verharmlosung (2017: 5; 2016: 4) und **LGBTIQ*-Feindlichkeit** (2017: 3; 2016: 3) blieben auf dem Niveau des Vorjahrs. Gleich hoch war auch die Anzahl der gemeldeten Vorfälle, die sich gegen **politische Gegner*innen** richteten (2017: 5; 2016: 5).

Erstmals wurden in den Motivkategorien **„Sozialchauvinismus“** und **„Behindertenfeindschaft“** insgesamt 3 Vorfälle (2016: 0) registriert. Im Wartezimmer eines Arztes ereignete sich darüber hinaus **1 antisemitischer Vorfall** (2016: 1).

Stand: 03. März 2018
Herausgeber: Aufwind e.V.
Vierwaldstätter Weg 5, 13407 Berlin
Web: www.aufwind-berlin.de
Redaktion: Johanna Herzog

Kontakt:

E-Mail: register@aufwind-berlin.de
Web: www.aufwind-berlin.de
www.berliner-register.de/reinickendorf
Telefon: 030 319 89 12 - 00

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. in Berlin“ der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung.

In Trägerschaft von:
Aufwind - Verein für Aufsuchende Erziehungshilfen e.V.

Aufwind

